<table>
<thead>
<tr>
<th>Tag</th>
<th>Inhalt</th>
<th>Seite</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>12.10.1995</td>
<td>Dreunddreiβigstes Landesgesetz zur Änderung der Verfassung für Rheinland-Pfalz</td>
<td>405</td>
</tr>
<tr>
<td>12.10.1995</td>
<td>Drittes Landesgesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften</td>
<td>406</td>
</tr>
<tr>
<td>12.10.1995</td>
<td>Erstes Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung.</td>
<td>412</td>
</tr>
<tr>
<td>12.10.1995</td>
<td>Landesgesetz zu dem Abkommen über den Beitritt der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zum Abkommen über die Errichtung einer Schule für Verfassungsschutz.</td>
<td>413</td>
</tr>
<tr>
<td>12.10.1995</td>
<td>Landesgesetz zu dem Zweiten Rundfunkänderungsstaatsvertrag</td>
<td>415</td>
</tr>
<tr>
<td>12.10.1995</td>
<td>Erstes Landesgesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung für Rheinland-Pfalz</td>
<td>418</td>
</tr>
<tr>
<td>12.10.1995</td>
<td>Drittes Landesgesetz zur Änderung des Absatzforderungsgesetzes Wein</td>
<td>418</td>
</tr>
<tr>
<td>12.10.1995</td>
<td>Landesgesetz über die Berufsausübung der Hebammen und Entbindungspfleger (Landeshebammenverordnung)</td>
<td>419</td>
</tr>
<tr>
<td>25.9.1995</td>
<td>Zweite Landesverordnung zur Änderung der Landesverordnung über die gerichtliche Zuständigkeit in Strafsachen und Bußgeldverfahren.</td>
<td>420</td>
</tr>
</tbody>
</table>

**Dreiunddreißigstes Landesgesetz**

zur Änderung der Verfassung

für Rheinland-Pfalz

(Änderung des Artikels 50)

Vom 12. Oktober 1995

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat mit der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**


Artikel 50 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

1. Es wird folgender neue Satz 2 eingefügt:

   „Auch Angehörige anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind nach Maßgabe des Rechts der Europäischen Union wahlberechtigt und wählbar.“


**Artikel 2**

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Mainz, den 12. Oktober 1995

Der Ministerpräsident

Kurt Beck
Drittes Landesgesetz
zur Änderung
dienstrechtlicher Vorschriften
Vom 12. Oktober 1995

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1


1. In § 10 Abs. 1 Satz 2 wird der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:
   "soweit zwingende dienstliche Belange nicht entgegenstehen, sind freie oder freiwerdende Planstellen, einschließlich solcher mit Vorgesetzten- oder Leitungsaufgaben, auch in Teilzeitform auszuschreiben."

2. § 12 wird wie folgt geändert:
   a) Folgender neue Satz 2 wird eingefügt:
       "Ausnahmen von Satz 1 sind zulässig zum Ausgleich beruflicher Verzögerungen, die durch die Geburt oder die tatsächliche Betreuung oder Pflege eines Kindes unter 18 Jahren oder durch die tatsächliche Pflege eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen nahe Angehörigen, insbesondere aus dem Kreis der Eltern, Schwiegereltern, Ehegatten, Geschwister sowie volljährigen Kinder, eintreten würden."
   b) In Satz 5 wird die Angabe "1 und 2" durch die Angabe "1 und 3" ersetzt.

3. In § 21 a Satz 1 wird die Verweisung §§ 12 Satz 4 durch die Verweisung §§ 12 Satz 5 ersetzt.

4. § 25 a wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 2 Satz 2 wird die Verweisung §§ 98 und 105 a durch die Verweisung §§ 98 bis 99 a und 105 a ersetzt.
   b) Folgender Absatz 5 wird angefügt:
       "(5) Dienstanfänger erhalten Beihilfen (§ 90) in entsprechender Anwendung der für die Beamten geltenden Beihilferegelungen."

5. § 53 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
   a) Satz 2 erhält folgende Fassung:
       "Beamte, die das 50. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, können nach Ablauf von zehn Jahren seit Beginn des einstweiligen Ruhestandes nur mit ihrer Zustimmung erneut in das Beamtenverhältnis berufen werden."
   b) Folgender Satz wird angefügt:

6. In § 61 Abs. 2 Satz 1 wird das Wort "fünf" durch das Wort "zehn" ersetzt.

7. § 80 a erhält folgende Fassung:
   "§ 80 a
   Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung bei Bewerberüberhang
   (1) Beamten mit Dienstbezügen kann in Bereichen, in denen wegen der Arbeitsmarktsituation ein außergewöhnlicher Bewerberüberhang besteht und deshalb ein dringendes öffentliches Interesse daran gegeben ist, verstärkt Bewerber im öffentlichen Dienst zu beschäftigen,
   1. auf Antrag Teilzeitbeschäftigung bis zur Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit bis zur Dauer von insgesamt 15 Jahren,
   2. nach Vollendung des 55. Lebensjahres auf Antrag, der sich auf die Zeit bis zum Beginn des Ruhestandes erstrecken muß, Teilzeitbeschäftigung bis zur Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit,
   3. auf Antrag Urlaub ohne Dienstbezüge bis zur Dauer von insgesamt sechs Jahren,
   (2) Dem Antrag nach Absatz 1 darf nur entsprochen werden, wenn der Beamte erklärt, während der Dauer des Bewilligungszeitraumes auf die Ausübung entgeltlicher Nebentätigkeiten zu verzichten und entgeltliche Tätigkeiten nach § 74 Satz 1 nur in dem Umfang auszuführen, wie er sie bei Vollzeitbeschäftigung ohne Verletzung dienstpflichtiger Pflichten ausüben könnte. Wird diese Verpflichtung schuldhaft verletzt, ist die Bewilligung
zu widerrufen. Die zuständige Dienstbehörde darf trotz der Erklärung des Beamten nach Satz 1 Neben-
tätigkeiten genehmigen, soweit sie dem Zweck der Be-
willigung der Teilzeitbeschäftigung oder des Urlaubs
nicht zuwiderlaufen. Eine Änderung des Umfangs der
Teilzeitbeschäftigung oder ein Übergang zur Vollzeit-
beschäftigung oder zur Teilzeitbeschäftigung während
der Dauer des Bewilligungszeitraumes ist nur mit Zu-
stimmung der zuständigen Dienstbehörde zulässig. Die
zuständige Dienstbehörde kann in besonderen Härte-
fällen eine Rückkehr aus dem Urlaub zulassen, wenn
dem Beamten die Fortsetzung des Urlaubs nicht zuge-
mutet werden kann.

(3) Teilzeitbeschäftigung und Urlaub nach Absatz 1
Satz 1 Nr. 1, 3 und 4 dürfen zusammen eine Dauer von
15 Jahren nicht überschreiten. Urlaub allein darf eine
Dauer von zwölf Jahren nicht überschreiten. Teilzeitbei-
cballtigung im Sinne des Absatz 1 Satz 2 und
Urlaub nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 dürfen zu-
sammen eine Dauer von 20 Jahren nicht überschreiten.
Bei Beamten im Schul- und Hochschuldienst kann der
Bewilligungszeitraum bis zum Ende des laufenden
Schulhalbjahres oder Semesters ausgedehnt werden.

(4) Teilzeitbeschäftigung und Urlaub nach Absatz 1
Satz 1 Nr. 1, 3 und 4 sowie Teilzeitbeschäftigung nach
§ 80 b oder Teilzeitbeschäftigung nach Absatz 1 Satz 1
Nr. 1 sowie Teilzeitbeschäftigung nach § 80 b dürfen
zusammen die Dauer von 15 Jahren nicht überschrei-
ten. Bei Teilzeitbeschäftigung im Sinne des Absatzes 1
Satz 2 oder im Sinne des § 80 b Abs. 1 Satz 2 gilt Satz 1
mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Dauer von
15 Jahren die Dauer von 20 Jahren tritt. Urlaub nach
Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 sowie Urlaub nach § 87 a
dürfen zusammen eine Dauer von zwölf Jahren nicht
überschreiten. Absatz 3 Satz 4 gilt entsprechend.

(5) Abweichend von den Voraussetzungen des Ab-
satzes 1 kann Beamten mit Dienstbezügen nach einer
Teilzeitbeschäftigung oder Beurlaubung im öffentli-
en Dienst von zusammen mindestens 15 Jahren und
nach Vollendung des 50. Lebensjahres auf Antrag Teil-
zeitschaftung bis zur Hälfte der regelmäßigen
Arbeitszeit bewilligt werden, wenn die Höchstdauer
Teilzeitbeschäftigung nach den Absätzen 3 und
4 oder § 80 b Abs. 1 erreicht ist und die Voraussetzun-
gen des § 87 a nicht vorliegen und es dem Beamten nicht
mehr zuzumuten ist, zur Vollzeitbeschäftigung zu-
rückzukehren.

(6) Auf Antrag des Beamten und soweit dienstliche
Belange nicht entgegenstehen, kann eine Teilzeitbe-
cballtigung nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 auch in
der Weise bewilligt werden, daß der Beamte am Ende
eines mindestens zwei Jahre und höchstens sieben Jahre
umfassenden Zeitraumes der Teilzeitbeschäftigung für
ein Jahr vom Dienst freigestellt wird, wenn er bis zum
Beginn der Freistellung die Arbeitszeit für den Gesamt-
zeitraum der Teilzeitbeschäftigung erbracht hat. Dem
Antrag darf nur stattgegeben werden, wenn der Zeit-
raum der Freistellung vom Dienst spätestens drei Jahre
vor dem Erreichen der für den Beamten für eine Verset-
zung in den Ruhestand geltenden Altersgrenze, für
Lehrkräfte mit Ablauf des Schuljahres, in dem sie das
62. Lebensjahr vollenden, endet.

(7) Die Entscheidungen nach den Absätzen 1, 2, 5 und
6 trifft die oberste Dienstbehörde; sie kann ihre Befug-
is auf andere Behörden übertragen.

8. Nach § 80 a werden folgende §§ 80 b und 80 c eingefügt:

§ 80 b

Teilzeitbeschäftigung bei Bewerbermangel

(1) Beamten mit Dienstbezügen kann in Bereichen, in
denen auf Grund der Arbeitsmarktsituation ein außer-
gewöhnlicher Bewerbermangel besteht und deshalb
zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der
öffentlichen Verwaltung ein dringendes Bedürfnis zur
Gewinnung von Teilzeitkräften gegeben ist, auf Antrag
Teilzeitbeschäftigung bis zur Hälfte der regelmäßigen
Arbeitszeit bis zur Dauer von insgesamt 15 Jahren be-
willigt werden. § 80 a Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.
Die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde; sie
can ihre Befugnis auf andere Behörden übertragen.

(2) Für die Übernahme von Nebentätigkeiten gelten die
§§ 71 a bis 77. § 73 Abs. 2 Satz 3 gilt mit der Maßgabe,
 daß von der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit
ohne Rücksicht auf die Bewilligung von Teilzeitbe-
challtigung auszugehen ist.

(3) § 80 a Abs. 2 Satz 4 und Abs. 6 gilt entsprechend.

(4) Teilzeitbeschäftigung nach Absatz 1 Satz 1 sowie
Teilzeitbeschäftigung und Urlaub nach § 80 a Abs. 1
Satz 1 Nr. 1, 3 und 4 dürfen zusammen die Dauer von
15 Jahren nicht überschreiten. Bei Teilzeitbeschäfti-
gung im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 oder im Sinne des
§ 80 a Abs. 1 Satz 2 gilt Satz 1 mit der Maßgabe, daß an
die Stelle der Dauer von 15 Jahren die Dauer von
20 Jahren tritt.

§ 80 c

Allgemeine Bestimmung
zur Teilzeitbeschäftigung

In jeder Dienststelle ist unter Berücksichtigung der
Funktionsfähigkeit der Verwaltung und der personal-
wirtschaftlichen und organisatorischen Möglichkeiten
ein ausreichendes Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen
zur Verfügung zu stellen; eine Mehrbelastung der Be-
challtigten in der Dienststelle darf sich hieraus nicht
ergeben.

9. § 87 a wird wie folgt geändert:

a) Die Absätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

"(1) Einem Beamten mit Dienstbezügen ist auf An-
trag
1. die Arbeitszeit bis auf die Hälfte der regelmäßi-
gen Arbeitszeit zu ermäßigen,“
2. ein Urlaub ohne Dienstbezüge bis zur Dauer von drei Jahren mit der Möglichkeit der Verlängerung zu gewähren, wenn er
a) mindestens ein Kind unter 18 Jahren oder
b) einen nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen tatsächlich betreut oder pflegt. Einem Antrag auf Ermäßigung der Arbeitszeit ist grundsätzlich auch bei Stellen mit Vorgesetzten- oder Leitungsaufgaben stattzugeben. Soweit die Voraussetzungen nach Satz 1 erfüllt sind, darf ein Antrag nur abgelehnt werden, wenn zwingende dienstliche Belange der Ermäßigung der Arbeitszeit oder der Beurlaubung entgegenstehen; die Ablehnung ist zu begründen. Die Entscheidungen trifft die oberste Dienstbehörde; sie kann ihre Befugnis auf andere Behörden übertragen.

(2) Die Dauer des Urlaubs im Sinne des Absatzes 1 darf auch in Verbindung mit Urlaub nach § 80 a Abs. 1 zwölf Jahre nicht überschreiten. § 80 a Abs. 3 Satz 4 gilt entsprechend. Der Antrag auf Verlängerung einer Beurlaubung ist spätestens sechs Monate vor Ablauf der genehmigten Beurlaubung zu stellen. § 80 a Abs. 2 Satz 4 und 5 gilt entsprechend. § 80 a Abs. 3 Satz 4 gilt auch beim Wegfall der tatbeständlichen Voraussetzungen des Absatzes 1 entsprechend.

b) Folgender neue Absatz 3 wird eingefügt:

„(3) § 80 c gilt entsprechend.“

c) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden Absätze 4 und 5.

10. § 90 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 erhält folgende Fassung:

„1. in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen.“

b) Folgender Satz wird angefügt:

„In der Rechtsverordnung können auch Bestimmungen über das Verwaltungsverfahren und die für die Gewährung von Beihilfen zuständigen Behörden getroffen werden.“

11. § 189 Abs. 1 erhält folgende Fassung:


12. § 224 a wird wie folgt geändert:


b) Absatz 4 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Dem Bewerber darf kein Nachteil entstehen aus:
1. der Erfüllung einer Dienstpflicht nach Artikel 12 a des Grundgesetzes bis zur Dauer von zwei Jahren,
2. der Erfüllung einer der Nummer 1 entsprechenden Dienstleistung auf Zeit bis zur Dauer von zwei Jahren,
5. der Leistung des freiwilligen ökologischen Jahres nach dem Gesetz zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres vom 17. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2118) oder
6. der Betreuung oder Pflege eines Kindes unter 18 Jahren oder eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen, wenn sich die Betreuung oder Pflege über einen Zeitraum von mindestens einem Jahr erstreckt hat.“


Artikel 2


1. § 5 a wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung bei Bewerberüberhang.“

b) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Einem Richter ist in einer Arbeitsmarktsituation, in der ein außergewöhnlicher Bewerberüberhang besteht und deshalb ein dringendes öffentliches Interesse daran gegeben ist, verstärkt Bewerber im öffentlichen Dienst zu beschäftigen,
1. auf Antrag Teilzeitbeschäftigung bis zur Hälfte des regelmäßigen Dienstes bis zur Dauer von insgesamt 15 Jahren,
2. nach Vollendung des 55. Lebensjahres auf Antrag, der sich auf die Zeit bis zum Beginn des Ruhestandes erstrecken muß, Teilzeitbeschäftigung bis zur Hälfte des regelmäßigen Dienstes,
3. auf Antrag Urlaub ohne Dienstbezüge bis zur Dauer von insgesamt sechs Jahren, mindestens von einem Jahr,

§ 5 b

teilzeitbeschäftigung bei Bewerbermangel

(1) Einem Richter ist in einer Arbeitsmarktsituation, in der ein außergewöhnlicher Bewerbermangel besteht und deshalb zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Rechtsprechung ein dringendes Bedürfnis zur Gewinnung von Teilzeitkräften gegeben ist, auf Antrag Teilzeitbeschäftigung bis zur Hälfte des regelmäßigen Dienstes bis zur Dauer von insgesamt 15 Jahren zu bewilligen. § 5 a Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Für die Übernahme von Nebentätigkeiten gilt § 5 Abs. 1 dieses Gesetzes in Verbindung mit den §§ 71 a bis 77 des Landesbeamtenugesetzes Rheinland-Pfalz, § 73 Abs. 2 Satz 3 jedoch mit der Maßgabe, daß vom regelmäßigen Dienst ohne Rücksicht auf die Bewilligung von Teilzeitbeschäftigung auszugehen ist.

(3) Einem Antrag nach Absatz 1 darf nur entsprochen werden, wenn
1. das Aufgabengebiet des richterlichen Amtes Teilzeitbeschäftigung zuläßt und
2. der Richter zugleich der Verwendung auch in einem anderen Richteramt desselben Gerichtszweiges zustimmt.

§ 5 a Abs. 2 Satz 4 gilt entsprechend.

(4) Teilzeitbeschäftigung nach Absatz 2 Satz 1 sowie Teilzeitbeschäftigung und Urlaub nach § 5 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 3 und 4 dürfen zusammen die Dauer von 15 Jahren nicht überschreiten. Bei Teilzeitbeschäftigung im Sinne des Absatzes 2 Satz 1 oder im Sinne des § 5 b Abs. 1 Satz 2 gilt Satz 1 mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Dauer von 15 Jahren die Dauer von 20 Jahren tritt. Urlaub nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 3 und 4 sowie Urlaub nach § 6 dürfen zusammen eine Dauer von zwölf Jahren nicht überschreiten."

d) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

(4) Teilzeitbeschäftigung und Urlaub nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1, 3 und 4 sowie Teilzeitbeschäftigung nach § 5 b oder Teilzeitbeschäftigung nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 sowie Teilzeitbeschäftigung nach § 5 b dürfen zusammen die Dauer von 15 Jahren nicht überschreiten. Bei Teilzeitbeschäftigung im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 oder im Sinne des § 5 b Abs. 1 Satz 2 gilt Satz 1 mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Dauer von 15 Jahren die Dauer von 20 Jahren tritt. Urlaub nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 sowie Urlaub nach § 6 dürfen zusammen eine Dauer von zwölf Jahren nicht überschreiten."

c) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 3 erhält folgende Fassung:

„Trotz der Erklärung des Richters nach Satz 1 Nr. 4 dürfen Nebentätigkeiten genehmigt werden, soweit sie dem Zweck der Bewilligung nicht zuwiderlaufen."

bb) Satz 5 erhält folgende Fassung:

 „Die zuständige Behörde kann in besonderen Härtefällen eine Rückkehr aus dem Urlaub zulassen, wenn dem Richter die Fortsetzung des Urlaubs nicht zugemutet werden kann."

e) Folgender neue Absatz 3 wird eingefügt:

(5) Abweichend von Absatz 1 ist einem Richter nach einer Teilzeitbeschäftigung oder Beurlaubung im öffentlichen Dienst von zusammen mindestens 15 Jahren und nach Vollendung des 50. Lebensjahres auf Antrag Teilzeitbeschäftigung bis zur Hälfte des regelmäßigen Dienstes zu bewilligen, wenn die Höchstdauer der Teilzeitbeschäftigung nach den Absätzen 3 und 4 oder § 5 b Abs. 1 erreicht ist und die Voraussetzungen des § 6 Abs. 1 nicht vorliegen und es dem Richter nicht mehr zuzumuten ist, zur Vollzeitbeschäftigung zurückzukehren."

f) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6 und wie folgt geändert:

In Halbsatz 1 wird die Angabe „1 und 2“ durch die Angabe „1, 2 und 5“ ersetzt.

2. Nach § 5 a wird folgender § 5 b eingefügt:

§ 5 b

Teilzeitbeschäftigung bei Bewerbermangel

(1) Einem Richter ist in einer Arbeitsmarktsituation, in der ein außergewöhnlicher Bewerbermangel besteht und deshalb zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Rechtsprechung ein dringendes Bedürfnis zur Gewinnung von Teilzeitkräften gegeben ist, auf Antrag Teilzeitbeschäftigung bis zur Hälfte des regelmäßigen Dienstes bis zur Dauer von insgesamt 15 Jahren zu bewilligen. § 5 a Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Für die Übernahme von Nebentätigkeiten gilt § 5 Abs. 1 dieses Gesetzes in Verbindung mit den §§ 71 a bis 77 des Landesbeamtenugesetzes Rheinland-Pfalz, § 73 Abs. 2 Satz 3 jedoch mit der Maßgabe, daß vom regelmäßigen Dienst ohne Rücksicht auf die Bewilligung von Teilzeitbeschäftigung auszugehen ist.

(3) Einem Antrag nach Absatz 1 darf nur entsprochen werden, wenn
1. das Aufgabengebiet des richterlichen Amtes Teilzeitbeschäftigung zuläßt und
2. der Richter zugleich der Verwendung auch in einem anderen Richteramt desselben Gerichtszweiges zustimmt.

§ 5 a Abs. 2 Satz 4 gilt entsprechend.

(4) Teilzeitbeschäftigung nach Absatz 1 Satz 1 sowie Teilzeitbeschäftigung und Urlaub nach § 5 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 3 und 4 dürfen zusammen die Dauer von 15 Jahren nicht überschreiten. Bei Teilzeitbeschäftigung im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 oder im Sinne des § 5 b Abs. 1 Satz 2 gilt Satz 1 mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Dauer von 15 Jahren die Dauer von 20 Jahren tritt.

(5) Die Entscheidungen nach den Absätzen 1 und 3 trifft die oberste Dienstbehörde; sie kann ihre Befugnis auf andere Behörden übertragen.

3. § 6 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

(2) Die Dauer des Urlaubs im Sinne des Absatzes 1 darf auch in Verbindung mit Urlaub nach § 5 a Abs. 1 zwölf Jahre nicht überschreiten. Der Antrag auf Verlängerung eines ermäßigten Dienstes oder eines Urlaubs ist spätestens sechs Monate vor Ablauf der genehmigten Freistellung zu stellen."

Artikel 3


1. In § 49 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 1 wird die Angabe „des § 80 a und des § 87 a“ durch die Angabe „der §§ 80 a, 80 b und 87 a“ ersetzt.

2. § 56 a erhält folgende Fassung:
§ 56 a
Sonderregelungen für Beamte auf Zeit und befristete Angestelltenverhältnisse


(2) Gründe einer Verlängerung sind:
1. Beurlaubung nach den §§ 80 a und 87 a des Landesbeamtenegesetzes,
2. Beurlaubung für die Wahrnehmung eines Mandats in der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes, wenn das Amt nach den gesetzlichen Bestimmungen dieses Landes mit dem Mandat vereinbar ist,
3. Beurlaubung für eine wissenschaftliche oder berufliche Aus-, Fort- oder Weiterbildung im Ausland,
4. Grundwehr- und Zivildienst und
5. Erziehungsurlaub nach § 19 a der Urlaubsvorschrift in Beschäftigungsverbot nach den §§ 2 bis 4 und 9 der Mutterschutzverordnung, soweit eine Beschäftigung nicht erfolgt ist.

Absatz 1 gilt entsprechend, wenn die Arbeitszeit des Beamten aus in Satz 1 Nr. 1 und 2 genannten Gründen oder gemäß § 80 b des Landesbeamtenegesetzes ermäßigt oder Teilzeitbeschäftigung bewilligt worden ist und die Ermäßigung mindestens ein Fünftel der regelmäßigen Arbeitszeit beträgt.

(3) Eine Verlängerung nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 bis 4 oder Satz 2 darf den Umfang der Beurlaubung oder der Ermäßigung der Arbeitszeit und zwei Jahre nicht überschreiten; mehrere Verlängerungen dürfen insgesamt drei Jahre nicht überschreiten. Verlängerungen nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 5 dürfen auch, wenn sie mit anderen Verlängerungen zusammen treffen, insgesamt vier Jahre nicht überschreiten.

(4) Für Beamte, die zur Wahrnehmung von Aufgaben in einer Personal- oder Schwerbehindertenvertretung oder von Aufgaben einer Frauenaufsichtsrätin für mindestens ein Fünftel der regelmäßigen Arbeitszeit freigestellt worden sind, gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend.

(5) Soweit für Professoren ein befristetes Angestelltenverhältnis begründet worden ist, gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend.

Artikel 4

§ 40 wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 Satz 2 Halbsatz 1 wird die Verweisung „§§ 80 a und 87 a“ durch die Verweisung „§ 80 a, 80 b und 87 a“ ersetzt.

2. Absatz 6 erhält folgende Fassung:

(6) Das Dienstverhältnis der Professoren, die Beamte auf Zeit sind, ist auf Antrag des Beamten aus den in Satz 2 genannten Gründen zu verlängern, sofern dienstliche Gründe nicht entgegenstehen. Gründe einer Verlängerung sind:
1. Beurlaubung nach den §§ 80 a und 87 a des Landesbeamtenegesetzes,
2. Beurlaubung für die Wahrnehmung eines Mandats in der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes, wenn das Amt nach den gesetzlichen Bestimmungen dieses Landes mit dem Mandat vereinbar ist,
3. Beurlaubung für eine wissenschaftliche oder berufliche Aus-, Fort- oder Weiterbildung im Ausland,
4. Grundwehr- und Zivildienst und
5. Erziehungsurlaub nach § 19 a der Urlaubsvorschrift in Beschäftigungsverbot nach den §§ 2 bis 4 und 9 der Mutterschutzverordnung, soweit eine Beschäftigung nicht erfolgt ist.

Satz 1 gilt entsprechend, wenn die Arbeitszeit des Beamten aus in Satz 2 Nr. 1 und 2 genannten Gründen oder gemäß § 80 b des Landesbeamtenegesetzes ermäßigt oder Teilzeitbeschäftigung bewilligt worden ist und die Ermäßigung mindestens ein Fünftel der regelmäßigen Arbeitszeit beträgt. Eine Verlängerung nach Satz 2 Nr. 1 bis 4 oder Satz 3 darf den Umfang der Beurlaubung oder der Ermäßigung der Arbeitszeit und zwei Jahre nicht überschreiten; mehrere Verlängerungen dürfen insgesamt drei Jahre nicht überschreiten. Verlängerungen nach Satz 2 Nr. 5 dürfen, auch wenn sie mit anderen Verlängerungen zusammenfallen, insgesamt vier Jahre nicht überschreiten.

3. Folgende Absätze 7 und 8 werden angefügt:
(7) Für Beamte, die zur Wahrnehmung von Aufgaben in einer Personal- oder Schwerbehindertenvertretung oder von Aufgaben einer Frauenaufsichtsrätin für mindestens ein Fünftel der regelmäßigen Arbeitszeit freigestellt worden sind, gilt Absatz 6 entsprechend.

(8) Soweit für Professoren ein befristetes Angestelltenverhältnis begründet worden ist, gelten die Absätze 6 und 7 entsprechend.

Artikel 5

1. In § 38 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 1 wird die Angabe „des § 80 a und des § 87 a“ durch die Angabe „der §§ 80 a, 80 b und 87 a“ ersetzt.

2. § 43 a erhält folgende Fassung:
§ 43a
Sonderregelungen für Beamte auf Zeit und befristete Angestelltenverhältnisse

(1) Das Dienstverhältnis der Professoren und der Hochschuldozenten, soweit sie Beamte auf Zeit sind, sowie der Oberassistenten und der wissenschaftlichen Assistenten ist auf Antrag des Beamten aus den in Absatz 2 genannten Gründen zu verlängern, sofern dienstliche Gründe nicht entgegenstehen.

(2) Gründe einer Verlängerung sind:
1. Beurlaubung nach den §§ 80 a und 87 a des Landesbeamtengesetzes,
2. Beurlaubung für die Wahrnehmung eines Mandats in der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes, wenn das Amt nach den gesetzlichen Bestimmungen dieses Landes mit dem Mandat vereinbar ist,
3. Beurlaubung für eine wissenschaftliche oder berufliche Aus-, Fort- oder Weiterbildung im Ausland,
4. Grundwehr- und Zivildienst und,
5. Erziehungsurlaub nach § 19 a der Urlaubsverordnung und Beschäftigungsverbot nach den §§ 2 bis 4 und 9 der Mutterschutzverordnung, soweit eine Beschäftigung nicht erfolgt ist.

Absatz 1 gilt entsprechend, wenn die Arbeitszeit des Beamten aus in Satz 1 Nr. 1 und 2 genannten Gründen oder gemäß § 80 b des Landesbeamten gesetzes ermittelt oder Teilzeitbeschäftigung bewilligt worden ist und die Ermäßigung mindestens ein Fünftel der regelmäßigen Arbeitszeit betrug.

(3) Eine Verlängerung nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 bis 4 oder Satz 2 darf den Umfang der Beurlaubung oder der Ermäßigung der Arbeitszeit und zwei Jahre nicht überschreiten; mehrere Verlängerungen dürfen insgesamt drei Jahre nicht überschreiten. Verlängerungen nach Ab-

satz 2 Satz 1 Nr. 5 dürfen, auch wenn sie mit anderen Verlängerungen zusammentreffen, insgesamt vier Jahre nicht überschreiten.

(4) Für Beamte, die zur Wahrnehmung von Aufgaben in einer Personal- oder Schwerbehindertenvertretung oder von Aufgaben einer Frauenbeauftragten für mindestens ein Fünftel der regelmäßigen Arbeitszeit freigestellt worden sind, gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend.

(5) Soweit für Professoren ein befristetes Angestelltenverhältnis begründet worden ist, gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend.

Artikel 6
1. In der Besoldungsgruppe B 3 wird nach der Amtsbezeichnung „Präsident des Landesvermessungsamtes“ die Amtsbezeichnung „Präsident des Statistischen Landesamtes“ eingefügt.
2. In der Besoldungsgruppe B 4 wird die Amtsbezeichnung „Präsident des Statistischen Landesamtes“ gestrichen.

Artikel 7
Dieses Gesetz tritt am ersten Tage des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft.

Mainz, den 12. Oktober 1995
Der Ministerpräsident
Kurt Beck
Erstes Landesgesetz
zur Änderung des Landesgesetzes
zur Ausführung der
Verwaltungsgerichtsordnung
Vom 12. Oktober 1995

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1


1. In § 2 Abs. 2 wird nach dem Wort „Verwaltungsgerichtsordnung“ der Klammerzusatz „(VwGO)“ eingefügt.


3. § 6 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 wird die Verweisung „§ 73 Abs. 1 Nr. 1 und 3 der Verwaltungsgerichtsordnung“ durch die Verweisung „§ 73 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und 3 VwGO“ ersetzt.
   b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:
      „(3) Richtet sich der Widerspruch gegen eine Entscheidung der Kreisverwaltung, die diese im Rahmen der ihr übertragenen Aufgaben der höheren Verwaltungsbehörde nach § 6 Abs. 1, 3 und 4 Satz 1 Halbsatz 2, § 11 Abs. 1 bis 3 oder § 13 Abs. 1 Satz 3 des Baugesetzbuches getroffen hat, so erläßt die Bezirksregierung den Widerspruchsbescheid.“

4. § 7 Abs. 2 Satz 3 erhält folgende Fassung:
   „§ 1 Abs. 1 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes (LVwVfG) in Verbindung mit den §§ 90 und 91 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) findet keine Anwendung.“

5. § 12 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 werden die Worte „§ 20 Abs. 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in Verbindung mit § 1 Abs. 1 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes“ durch die Worte „§ 1 Abs. 1 LVwVfG in Verbindung mit § 20 Abs. 1 VwVfG“ ersetzt.
   b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:
      „(2) In den Fällen des § 1 Abs. 1 LVwVfG in Verbindung mit § 21 Abs. 1 Satz 1 VwVfG gilt Absatz 1 entsprechend.“

6. § 16 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Protokollführers“ durch das Wort „Schriftführers“ ersetzt.
   b) Nach Absatz 2 wird folgender neue Absatz 3 eingefügt:
      „(3) Die Beteiligten können zur Erledigung des Vorverfahrens einen Vergleich auch zur Aufnahme in die über die Sitzung zu fertigende Niederschrift schließen. Der Text des Vergleiches ist den Beteiligten vorzulegen oder zur Durchsicht vorzulegen. Ist der Inhalt der Niederschrift auf einem Tonträger vorläufig aufgezeichnet worden, so genügt es, wenn der Wortlaut des Vergleiches abgespielt wird. Die Zustimmung der Beteiligten zu dem Vergleich ist in der Niederschrift zu vermerken.“
   c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

7. In § 17 Abs. 1 Satz 1 wird die Verweisung „§ 16 Abs. 3“ durch die Verweisung „§ 16 Abs. 4“ ersetzt.

8. Dem § 19 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:
   „Erledigt sich der Widerspruch auf andere Weise, so wird auf Antrag von der Behörde, bei der der Widerspruch anhängig war, über die Kosten nach billigem Ermessen entschieden; der bisherige Sachstand ist zu berücksichtigen.“

9. Der Vierte Abschnitt wird gestrichen.
10. Der bisherige Fünfte Abschnitt wird Vierter Abschnitt.
12. In § 3 Abs. 1, § 4 Satz 1, § 8 Satz 2 Halbsatz 1 und § 17 Abs. 2 werden die Worte „der Verwaltungsgerichtsordnung“ durch die Abkürzung „VwGO“ ersetzt.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am ersten Tage des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft.

Mainz, den 12. Oktober 1995
Der Ministerpräsident
Kurt Beck
Landesgesetz
zu dem Abkommen über
den Beitritt der Länder
Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern,
Sachsen, Sachsen-Anhalt
und Thüringen
zum Abkommen über die
Errichtung einer Schule
für Verfassungsschutz
Vom 12. Oktober 1995

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1


§ 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Mainz, den 12. Oktober 1995
Der Ministerpräsident
Kurt Beck
Abkommen
über den Beitritt der Länder
Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen,
Sachsen-Anhalt und Thüringen
tum Abkommen über die Errichtung einer
Schule für Verfassungsschutz
vom 22. Juni 1979

1. Die Bundesrepublik Deutschland (Bund) und die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen (Länder) schließen folgendes Abkommen:


Für die Bundesrepublik Deutschland
Der Bundesminister des Innern
Kanther

Für das Land Baden-Württemberg
Der Innenminister
Frieder Birzle

Für den Freistaat Bayern
Der Staatsminister des Innern
Günther Beckstein

Für das Land Berlin
Der Chef der Senatskanzlei
Volker Kähne

Für das Land Brandenburg
Der Ministerpräsident
vertreten durch
den Minister des Innern
A. Ziel

Für die Freie Hansestadt Bremen
Der Senator für Inneres und Sport
van Nispem

Die Freie und Hansestadt Hamburg
Für den Senat
Hartmut Wrocklage

Für das Land Hessen
Der Minister des Innern
i. V. H. Fromm

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern
Für den Ministerpräsidenten der Innenminister
R. Geil

Für das Land Niedersachsen
Für den Niedersächsischen Ministerpräsidenten
Niedersächsisches Innenministerium
Gerhard Glogowski
Minister

Für das Land Nordrhein-Westfalen
Namens des Ministerpräsidenten
Der Innenminister
Herbert Schuoor

Für das Land Rheinland-Pfalz
Der Minister des Innern und für Sport
Walter Zuber

Für das Saarland
Der Minister des Innern
Friedel Läpple

Für den Freistaat Sachsen
Der Staatsminister des Innern
Heinz Eggert

Für das Land Sachsen-Anhalt
Für den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt
Der Minister des Innern des Landes Sachsen-Anhalt
Manfred Püchel

Für das Land Schleswig-Holstein
Für die Ministerpräsidentin
Der Innenminister
Ekkehard Wietholtz

Für den Freistaat Thüringen
Der Innenminister
Richard Dewes
Der Landtag Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1
Zustimmung zum Staatsvertrag


§ 2
Änderung des Landesrundfunkgesetzes


1. In § 8 Abs. 4 Satz 3 wird die Verweisung „§ 55 Abs. 4“ durch die Verweisung „§ 56 Abs. 4“ ersetzt.

2. In § 11 Abs. 1 Satz 2 wird die Verweisung „§§ 21 und 55“ durch die Verweisung „§ 21 und § 56“ ersetzt.


4. § 50 erhält folgende Fassung:

§ 50
Förderungen der LPR


5. § 51 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 2 Halbsatz 2 werden nach dem Wort „bestimmt“ die Worte „im Rahmen der ihr zugewiesenen Aufgaben“ eingefügt.

b) Absatz 2 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„Sie bedarf der Genehmigung des für das Haushaltsrecht zuständigen Ministeriums.“

6. § 52 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Der Haushalts- und Wirtschaftsplan der LPR bedarf der Zustimmung des für das Haushaltsrecht zuständigen Ministeriums.“

b) Es wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Zur Sicherung ihrer Haushaltswirtschaft kann die LPR Rücklagen bilden, soweit dies für die stetige Erfüllung ihrer im Rundfunkstaatsvertrag bestimmten Aufgaben in Einzelfällen erforderlich und eine Finanzierung aus den Mitteln eines Haushaltsjahres nicht möglich ist. Die Zuführungen und Entnahmen sind im Haushaltsplan zu veranschlagen.“

7. Nach § 54 wird folgender neue § 55 eingefügt:

§ 55
Versuche mit neuen Techniken, Programmen und Diensten

(1) Die Durchführung von Versuchen mit neuen Techniken, Programmen und Diensten ist zulässig. Als Versuch gilt auch die Weiterverbreitung von Programmen und Diensten, die in anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen von Versuchen in rundfunkrechtlich zulässiger Weise veranstaltet werden. Die LPR begleitet und beobachtet die Durchführung der Versuche.

(2) An den Versuchen können sich die für Rheinland-Pfalz zuständigen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten des Landesrechts, die LPR und die Intahver einer Erlaubnis nach § 5 Abs. 1 beteiligen. Absatz 3 Satz 1 und 2 bleibt unberührt.

(3) Ein privater Veranstalter, der sich an einem Versuch mit einem Programm oder einem Dienst beteiligen will, bedarf hierfür einer Versuchsersaubnis der LPR, die auf Antrag für die Dauer des Versuchs erteilt wird: § 5 Abs. 2, die §§ 6 bis 8 und 9 Nr. 2, 5 und 6, die §§ 11 bis 13 und 14 Abs. 2, die §§ 17 und 19 Abs. 2, § 20 Abs. 2 und die §§ 21 und 56 finden keine Anwendung. Satz 1 gilt entsprechend für die Weiterverbreitung von Programmen und Diensten, die in anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen von Versuchen in rundfunkrechtlich zulässiger Weise veranstaltet werden. Satz 1 gilt nicht für Programme, für die bereits eine Erlaubnis nach § 5 Abs. 1 erteilt wurde.

(4) Das Nähere regelt die LPR durch Satzung.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten bis zum 31. Dezember 1998.“

8. Der bisherige § 55 wird § 56 und wie folgt geändert:

...
a) In Absatz 4 wird folgender neue Satz 2 eingefügt:
   „Die Aufnahme regionaler und lokaler Programm-
   bestandteile für das terrestrische Verbreitungsgebiet
   ist zulässig; sie bedarf der Genehmigung der LPR.“

b) Absatz 7 wird gestrichen.

9. Der bisherige § 56 wird gestrichen.

10. Die Inhaltsübersicht wird entsprechend den vorstehen-
     den Bestimmungen geändert.

§ 3
Änderung des Landesgesetzes
zu dem Staatsvertrag
über den Rundfunk im vereinten Deutschland

Das Landesgesetz zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk
im vereinten Deutschland vom 10. Dezember 1991 (GVBl.
(GVBl. S. 273), BS Anhang I 95, wird wie folgt geändert:

§ 2 wird wie folgt geändert:

1. Absatz 3 Satz 1 Halbsatz 1 erhält folgende Fassung:
   „Der zusätzliche Anteil an der Rundfunkgebühr in
   Höhe von 2 v. H. nach § 29 Abs. 1 des Rundfunkstaats-
   vertrages steht der Landeszentrale für private Rundfunk-
   veranstalter nach Maßgabe der Aufgabenzuweisung des
   Landesrundfunkgesetzes zu."

2. Absatz 5 Satz 2 Halbsatz 2 erhält folgende Fassung:
   „die §§ 24, 28 und 29 Abs. 2 des Landesdatenschutzge-
   setzes gelten entsprechend.“

§ 4
Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme der §§ 2 und 3 am Tage
nach der Verkündung in Kraft. Die §§ 2 und 3 treten am
nicht alle Ratifikationsurkunden zu dem Zweiten Rund-
funkänderungsstaatsvertrag bei der Staatskanzlei des Vor-
sitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt,
werden § 2 Nr. 4 und 5 Buchst. a und § 3 Nr. 1 gegenstands-
los.

(2) Der Tag, an dem der Zweite Rundfunkänderungsstaats-
vertrag nach seinem Artikel 2 sowie § 2 Nr. 4 und
5 Buchst. a und § 3 Nr. 1 dieses Gesetzes nach Absatz 1
Satz 2 in Kraft treten oder gegenstandslos werden, wird
vom Ministerpräsidenten im Gesetz- und Verordnungsblatt
bekanntgemacht.

Mainz, den 12. Oktober 1995
Der Ministerpräsident
Kurt Beck
Zweiter Staatsvertrag zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrages (Zweiter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Das Land Baden-Württemberg,
der Freistaat Bayern,
das Land Berlin,
das Land Brandenburg,
die Freie Hansestadt Bremen,
die Freie und Hansestadt Hamburg,
das Land Hessen,
das Land Mecklenburg-Vorpommern,
das Land Niedersachsen,
das Land Nordrhein-Westfalen,
das Land Rheinland-Pfalz,
das Saarland,
der Freistaat Sachsen,
das Land Sachsen-Anhalt,
das Land Schleswig-Holstein
und der Freistaat Thüringen
schließen nachstehenden Staatsvertrag:

Artikel 1
Änderung des Rundfunkstaatsvertrages


a) Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

„Mittel aus dem Anteil nach Satz 1 können bis zum 31. Dezember 2000 aufgrund besonderer Ermächtigung durch den Landesgesetzgeber auch für die Förderung von landesrechtlich gebotener technischer Infrastruktur zur terrestrischen Versorgung des gesamten Landes und zur Förderung von Projekten für neuartige Rundfunkübertragungstechniken verwendet werden."

b) Es wird folgender Satz 3 angefügt:

„Formen der nichtkommerziellen Veranstaltung von lokalem und regionalen Rundfunk können aus dem Anteil nach Satz 1 aufgrund besonderer Ermächtigung durch den Landesgesetzgeber gefördert werden."

Artikel 2
Inkrafttreten


Für das Land Baden-Württemberg:
Erwin Teufel

Für den Freistaat Bayern:
Edmund Stoiber

Für das Land Berlin:
i. V. Kähne

Für das Land Brandenburg:
A. Ziel

Für die Freie Hansestadt Bremen:
Klaus Wedemeier

Für die Freie und Hansestadt Hamburg:
Voscherau

Für das Land Hessen:
Hans Eichel

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern:
Berndt Seite

Für das Land Niedersachsen:
Schröder

Für das Land Nordrhein-Westfalen:
Johannes Rau

Für das Land Rheinland-Pfalz:
Kurt Beck

Für das Saarland:
i. V. Christiane Krajewski

Für den Freistaat Sachsen:
Kurt Biedenkopf

Für das Land Sachsen-Anhalt:
Reinhard Höppner

Für das Land Schleswig-Holstein:
Heide Simonis

Für den Freistaat Thüringen:
Bernhard Vogel
Erstes Landesgesetz
zur Änderung der Landeshaushaltsordnung
für Rheinland-Pfalz
Vom 12. Oktober 1995

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1


1. § 48 erhält folgende Fassung:

§ 48
Einstellung, Versetzung und Ruhestandsversetzung von Beamten


2. Die Inhaltsübersicht wird entsprechend der vorstehenden Nummer 1 geändert.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Mainz, den 12. Oktober 1995
Der Ministerpräsident
Kurt Beck

Drittes Landesgesetz
zur Änderung des Absatzförderungsgesetzes Wein
Vom 12. Oktober 1995

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1


1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Absatzförderungsgesetz Wein (AbfGWein)“. 

2. § 1 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Abgabe beträgt jährlich je Ar der Weinbergsfläche, sofern diese mehr als 5 Ar umfaßt, in den bestimmten Anbaugebieten Ahr, Mittelrhein, Nahe, Pfalz und Rheinnesen 1,50 DM und im bestimmten Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer 1,70 DM.“

3. § 2 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Dabei finden die §§ 14 bis 17 der Landesverordnung zur Durchführung des Weinrechts vom 18. Juli 1995 (GVBl. S. 275) in der jeweils geltenden Fassung entsprechende Anwendung, soweit sich aus den folgenden Absätzen nicht etwas anderes ergibt.“

4. § 4 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird folgender Satz 2 angefügt: „Dabei ist jedes bestimmte Anbaugebiet entsprechend seinem Aufkommen aus der Abgabe zu berücksichtigen.“

b) In Absatz 4 Satz 1 wird das Wort „Absatz“ durch die Worte „den Absätzen 1 und“ ersetzt.
5. Es werden ersetzt:
   a) in § 2 Abs. 3, § 3 Satz 1, § 4 Abs. 4 Satz 3, § 5 Abs. 3
      und 4 Satz 2, § 6 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 2 und
      § 7 die Bezeichnung „der Minister für Landwirt-
      schaft, Weinbau und Forsten“ durch die Bezeich-
      nung „das fachlich zuständige Ministerium“;
   b) in § 6 Abs. 2 Satz 2 die Bezeichnung „der Minister der
      Finanzen“ durch die Bezeichnung „das für das Haus-
      haltsrecht zuständige Ministerium“ und
   c) in § 3 Satz 2 das Wort „Er“ durch das Wort „Es“.

Artikel 2


Mainz, den 12. Oktober 1995
Der Ministerpräsident
Kurt Beck

Landesgesetz
über die Berufsausübung der Hebammen und
Entbindungspfleger
(Landeshebammengesetz)
Vom 12. Oktober 1995

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz
beschlossen:

§ 1
(1) Hebammen und Entbindungspfleger sind verpflichtet,
ihren Beruf gewissenhaft und entsprechend dem jeweiligen
Stand der berufsfachlichen Erkenntnisse auszuüben. Sie
haben Frauen während der Schwangerschaft, der Geburt
und des Wochenbetts sowie Neugeborenen Hilfe zu leisten
und die erforderliche Aufklärung und Beratung in Fragen
der Familienplanung, Schwangerschaft und Geburt sowie
der Pflege während des Wochenbetts und von Neugebore-
nen zu erteilen. Hebammen und Entbindungspfleger haben
sich regelmäßig beruflich fortzubilden.

(2) Das fachlich zuständige Ministerium wird ermächtigt,
durch Rechtsverordnung nähere Regelungen über die Be-
rufspflichten und die Berufsausübung der Hebammen und
Entbindungspfleger zu erlassen; dabei können insbesondere
Regelungen getroffen werden über
1. die in eigener Verantwortung durchzuführenden Tätig-
   keiten und Aufgaben,
2. die Hinzuziehung ärztlicher Hilfe,
3. die Anwendung und Verabreichung von Arzneimitteln,
4. das Führen von Dokumentationen und das Erteilen von
   Auskünften,
5. die Pflicht zur Verschwiegenheit,
6. das Verhalten gegenüber anderen Berufsangehörigen
   und die gegenseitige Vertretung,
7. die berufliche Fortbildung und
8. die Aufsicht über die Hebammen und Entbindungspfleger.

§ 2
(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in
Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:
1. das Hebammengesetz vom 21. Dezember 1938
   (GVBl. 1972, Sondernummer S. 50, BS Anhang II
   R 2124-1),
2. die Zweite Verordnung zur Durchführung des
   Hebammengesetzes vom 13. September 1939 (GVBl.
   1972, Sondernummer S. 51, BS Anhang II R 2124-1-1),
3. die Siebente Verordnung zur Durchführung des
   Hebammengesetzes vom 20. August 1942 (GVBl. 1972,
   Sondernummer S. 53, BS Anhang II R 2124-1-3).

Mainz, den 12. Oktober 1995
Der Ministerpräsident
Kurt Beck
Zweite Landesverordnung
zur Änderung der Landesverordnung über die gerichtliche Zuständigkeit
in Strafsachen und Bußgeldverfahren
Vom 25. September 1995

Auf Grund des § 58 Abs. 1 Satz 1 des Gerichtsverfassungsge-
setzes in der Fassung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), zu-
letzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Juni
1995 (BGBl. I S. 818), in Verbindung mit § 1 Nr. 14 der Lan-
desverordnung zur Übertragung von Ermächtigungen auf
dem Gebiet der Gerichtsorganisation vom 15. Dezember
1982 (GVBl. S. 460), zuletzt geändert durch Verordnung
vom 20. Juni 1995 (GVBl. S. 185), BS 301-3, wird verordnet:

Artikel 1

Die Landesverordnung über die gerichtliche Zuständigkeit
in Strafsachen und Bußgeldverfahren vom 19. November
1985 (GVBl. S. 265), geändert durch Verordnung vom
27. Mai 1988 (GVBl. S. 109), BS 301-5, wird wie folgt geän-
dert:

§ 2 wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 Nr. 3 werden die Worte „vom 23. Dezember
1982 (BGBl. I S. 2071)“ durch die Worte „in der Fassung
vom 27. Juni 1994 (BGBl. I S. 1537), geändert durch
§ 7 des Gesetzes vom 10. April 1995 (BGBl. I S. 485),“ er-
setzt.

2. In Absatz 2 Nr. 7 wird die Ortsangabe „Ludwigshafen am
Rhein“ durch die Ortsangabe „Frankenthal (Pfalz)“ er-
setzt.

Artikel 2


Mainz, den 25. September 1995
Der Minister der Justiz
Caesar

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Abkommens über die Änderung des Abkommens
über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische
und pharmazeutische Prüfungsfragen vom 17. Juni 1993
Vom 4. Oktober 1995

Gemäß § 2 Abs. 2 des Landesgesetzes zu dem Änderungs-
abkommen vom 21. Dezember 1993 (GVBl. S. 640) wird be-
kanntgemacht, daß das Änderungsabkommen nach seinem

Mainz, den 4. Oktober 1995
Der Ministerpräsident
Kurt Beck

Herausgeber und Verleger: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Druck: Ministerium der Justiz, Ernst-Ludwig-Straße 3, 55116 Mainz.
Bezugsbedingungen: Bezugszeit ist das Kalenderjahr, Bezugspreis im Abonnement jährlich 60,00 DM, Abbestellungen für das nächste
Kalenderjahr müssen bis spätestens 1. November der Staatskanzlei vorliegen. Auslieferung von Einzelzüge durch das Landeshauptarchiv,
Karmeliterstraße 1 - 3, 50668 Koblenz, Preis je Doppelseite 0,30 DM zuzügl. Versandkosten. Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da
die Herausgabe des Gesetz- und Verordnungsblattes hoheitliche Tätigkeit ist.
Postanschrift: Staatskanzlei, Peter-Almmeister-Allee 1, 55116 Mainz, Tel. (06131) 164767